



DIE BUNDESMINISTERIN  
FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0066-Pr 1/2005

XXII. GP.-NR

3160 /AB

2005 -08- 23

An den

zu 3214 J

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Wien

zur Zahl 3214/J-NR/2005

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Johann Maier, Kolleginnen und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Diversion: Anwendung im Jahr 2004“ gerichtet.

Ich beantworte die Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Für das Jahr 2004 lässt sich nach den Daten der Verfahrensautomation Justiz das Verhältnis der Anzahl aller Diversionsanbote zur (personenbezogenen) Gesamtzahl der Strafverfahren wie folgt darstellen und prozentuell ausweisen:

	Staatsanwaltschaft Register BAZ	Staatsanwaltschaft Register St	Bezirksgerichte Register U	Landesgerichte Register UR	Landesgerichte Register Hv
<b>Anfall (personenbezogen)</b>	198.617	109.233	70.575	43.726	34.620
<b>Diversionsanbote (personenbezogen)</b>	40.641	4.370	8.939	187	1.154
<b>Verhältnis Anfall/Diversion</b>	20,46 %	4,00 %	12,67 %	0,42 %	3,33 %

Zu 2 bis 6:

In den beiden folgenden Tabellen werden zum Einen die Anzahl der Diversionsangebote bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten sowie zum Anderen die Anzahl der Diversionserledigungen bezogen auf die einzelnen diversionellen Maßnahmen ausgewiesen.

Anzahl der Diversionsangebote im Jahr 2004

	BAZ <sup>1</sup>	SA <sup>2</sup>	OG <sup>3</sup>	UR <sup>4</sup>	HV <sup>5</sup>	Summe
<b>Geldbetrag</b>	19.476	873	5.901	59	750	27.059
<b>Gemeinnützige Leistungen</b>	1.211	642	190	30	61	2.134
<b>Probezeit ohne Zusatz</b>	11.770	808	1.873	45	131	14.627
<b>Probezeit mit Bewährungshilfe oder Übernahme von Pflichten</b>	1.245	267	351	16	62	1.941
<b>Außergerichtlicher Tatausgleich</b>	6.939	1.780	624	37	150	9.530
<b>Summe</b>	40.641	4.370	8.939	187	1.154	55.291
<b>Diversion ohne Erfolg</b>	7.512	952	1.270	14	110	9.858

<sup>1</sup> Register bezirksanwaltschaftlicher Bereich (bezirksgerichtliche Ebene)

<sup>2</sup> Register Staatsanwaltschaft (landesgerichtliche Ebene)

<sup>3</sup> Register Bezirksgerichte

<sup>4</sup> Register Untersuchungsrichter (landesgerichtliche Ebene)

<sup>5</sup> Register Hauptverhandlung (landesgerichtliche Ebene, Einzelrichter)

Anzahl der Diversionserledigungen 2004 (auf Basis der Diversionsangebote)

	Anbot	Vorläufiger Rücktritt	Ohne Erfolg	Erfolgreicher Rücktritt
<b>Geldbetrag</b>	27.059	-	2.443	24.659
<b>Gemeinnützige Leistungen</b>	2.134	1.924	257	1.725
<b>Probezeit ohne Zusatz</b>	14.627	-	-	11.345
<b>Probezeit mit Bewährungshilfe oder Übernahme von Pflichten</b>	1.941	2.482	341	2.159
<b>Außergerichtlicher Tatausgleich</b>	9.530	7.077	1.357	7.184
<b>Summe</b>	<b>55.291</b>	<b>11.483</b>	<b>4.398</b>	<b>47.072</b>

Zu 7:

Für das Jahr 2004 lässt sich nach den Daten der Verfahrensautomation Justiz das Verhältnis der Anzahl aller Diversionen, die ohne Erfolg geblieben sind, zur Gesamtzahl aller Diversionsangebote wie folgt darstellen:

	Staatsanwaltschaft Register BAZ	Staatsanwaltschaft Register St	Bezirksgerichte Register U	Landesgerichte Register UR	Landesgerichte Register Hv	Summe
<b>Diversionsangebote im Jahr 2004</b>	40 641	4 370	8 939	187	1 154	55 291
<b>Diversion ohne Erfolg</b>	7 512	952	1 270	14	110	9 858

Zu 8:

Der unten stehenden Tabelle können die Diversionsangebote, aufgegliedert nach den verschiedenen Diversionsarten, für die Jahre 2001 bis 2004 entnommen werden. Die Zahlen des Jahres 2004 deuten im Vergleich mit den Zahlen der Jahre 2001 bis 2003 auf kontinuierliche und gleichförmige Rechtsanwendung durch Staatsanwaltschaften und Gerichte hin. Auffällige Schwankungen in der Anwendung der einzelnen Diversionsarten sind nicht ersichtlich, es ist allerdings aufgrund der vorliegenden Zahlen doch erkennbar, dass ein gewisser Rückgang der Angebote an Geldbußen (§ 90c StPO) und ein Anstieg der Diversionsangebote zu sozialkonstruktiven Maßnah-

men der Erbringung gemeinnütziger Leistungen nach § 90d Abs. 1 StPO zu verzeichnen ist.

Da es seit 2001 zu einem deutlichen Anstieg der Diversionsangebote in absoluten Zahlen gekommen ist, ist ersichtlich, dass diversionelles Vorgehen auf breite Akzeptanz sowohl bei den Rechtsanwendern als auch bei den Betroffenen gestoßen ist.

	2001	in % der Gesamt- summe 2001	2002	in % der Gesamt- summe 2002	2003	in % der Gesamt- summe 2003	2004	in % der Gesamt- summe 2004
Geldbuße	24.941	55,25 %	28.824	53,51 %	27.435	52,83 %	27.059	48,93 %
Gemeinnützige Leistungen	848	1,88 %	1.311	2,43 %	1.652	3,18 %	2.134	3,85 %
Probezeit ohne Zusatz	9.717	21,53 %	12.786	23,74 %	12.623	24,30 %	14.627	26,45 %
Probezeit mit Bewährungshilfe oder Übernahme von Pflichten	1.778	3,94 %	2.229	4,14 %	1.940	3,73 %	1.941	3,51 %
Außergerichtlicher Tatausgleich	7.856	17,40 %	8.710	16,17 %	8.726	15,94 %	9.530	17,23 %
<b>Summe</b>	<b>45.140</b>		<b>53.860</b>		<b>51.926</b>		<b>55.291</b>	
<b>Diversion ohne Erfolg</b>	7.026	15,56%	9.548	17,72%	9.569	18,43%	9.858	17,82%

#### Zu 9 und 10:

Diese Fragen können nicht beantwortet werden, weil nach der Statistik keine Verknüpfung von Diversionsangebot und fremden- bzw. asylrechtlichem Status besteht.

#### Zu 11:

Die Regierungsvorlage 994 BlgNR (XXII. GP) betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz (VbVG) erlassen und weitere Bundesgesetze geändert werden, sieht in § 19 eine eigenständige Bestimmung über den Rücktritt von der Verfolgung (Diversion) vor, die sich jedoch in weiten Bereichen an die allgemeinen Bestimmungen für natürliche Personen (§§ 90a ff StPO) anlehnt.

Steht danach auf Grund hinreichend geklärten Sachverhalts fest, dass ein Zurücklegen der Anzeige oder ein Vorgehen nach § 18 [Absehen oder Rücktritt von der Verfolgung im Sinne des der Staatsanwaltschaft eingeräumten Verfolgungsermessens] nicht in Betracht kommt, und liegen die in § 90a Abs. 2 Z 1 und 3 StPO genannten

Voraussetzungen vor, so hat der Staatsanwalt von der Verfolgung eines belangten Verbandes wegen der Verantwortlichkeit für eine Straftat zurückzutreten, wenn der Verband den aus der Tat entstandenen Schaden gutmacht sowie andere Tatfolgen beseitigt und dies unverzüglich nachweist und wenn die Verhängung einer Verbandsgeldbuße im Hinblick auf

1. die Zahlung eines Geldbetrages, der in Höhe von bis zu 50 Tagessätzen zusätzlich der im Fall einer Verurteilung zu ersetzenden Kosten des Verfahrens festzusetzen ist (§ 90c StPO),
2. eine zu bestimmende Probezeit von bis zu drei Jahren, soweit möglich und zweckmäßig in Verbindung mit der ausdrücklich erklärten Bereitschaft des Verbandes, eine oder mehrere der in § 8 Abs. 3 genannten Maßnahmen zu ergreifen (§ 90f StPO), oder
3. die ausdrückliche Erklärung des Verbandes, innerhalb einer zu bestimmenden Frist von höchstens sechs Monaten unentgeltlich bestimmte gemeinnützige Leistungen zu erbringen (§ 90d StPO),

nicht geboten erscheint, um der Begehung von Straftaten, für die der Verband verantwortlich gemacht werden kann, und der Begehung von Straftaten im Rahmen der Tätigkeit anderer Verbände entgegenzuwirken. Die auf natürliche Personen zugeschnittenen zeitlichen Rahmenbedingungen und Begrenzungen nach § 90e Abs. 1 StPO sind nicht auf Verbände anzuwenden.

In § 19 Abs. 2 der Regierungsvorlage wird schließlich unter Verweis auf § 90b StPO ausdrücklich festgehalten, dass auch das Gericht auf eine diversionelle Erledigung hinzuwirken hat und nach Einleitung der Voruntersuchung oder Einbringung des Antrags auf Verhängung einer Verbandsgeldbuße das Verfahren gegen den Verband bis zum Schluss der Hauptverhandlung mit Beschluss einstellen kann.

#### Zu 12:

Das Verbandverantwortlichkeitsgesetz sieht vor, dass eine Geldbuße über einen Verband zu verhängen ist, wenn dieser für Straftaten verantwortlich ist. Die Geldbuße ist also zwingend über den Verband zu verhängen.

Um zu verhindern, dass Verbände die ihnen auferlegten diversionellen Geldbeträge oder urteilsmäßig verhängten Geldbußen auf ihre Entscheidungsträger oder Mitarbeiter abwälzen, sieht die RV in § 11 vor, dass für Sanktionen und Rechtsfolgen, die

den Verband aufgrund des VbVG treffen, ein Rückgriff auf Entscheidungsträger oder Mitarbeiter ausgeschlossen ist.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass die Verantwortlichkeit eines Verbandes für eine Tat und die Strafbarkeit von Entscheidungsträgern oder Mitarbeitern wegen derselben Tat einander nicht ausschließen (§ 3 VbVG idFd RV).

Zu 13:

Die Frage der steuerlichen Absetzbarkeit von Diversionszahlungen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Justiz.

Zu 14:

Die im Herbst 2003 von Bundesminister Dr. Dieter Böhmdorfer eingesetzte Expertenkommission zur Prüfung der staatlichen Reaktionen auf strafbares Verhalten in Österreich unter der Leitung von Dr. Brigitte Bierlein, Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes, hat in ihrem im März 2004 vorgelegten Endbericht das Regelwerk der Diversion als solches grundsätzlich befürwortet und primär die Vorteile gegenüber dem herkömmlichen Strafverfahren in den Vordergrund gestellt, vor allem den sozialkonstruktiven Charakter der Maßnahmen und die Entlastung der Strafverfolgungsbehörden durch die unkomplizierte Erledigung bestimmter Formen der Massenkriminalität.

Eine große Mehrheit der Mitglieder sah keinen unmittelbaren Änderungsbedarf (vgl. Punkt 1.7. des Endberichtes). Im Übrigen verweise ich auf die Ausführungen im Endbericht der Expertenkommission, die ich auszugsweise wiedergebe:

*1.4.1. Im Übrigen darf grundsätzlich zu bedenken gegeben werden: Die Bestimmungen über die Diversion traten am **1. Jänner 2000 (BGBl I 1999/55)** in Kraft. Also können sich **Effizienzbewertungen** und **Analysen** derzeit nur auf einen Zeitraum von (höchstens) **vier Jahren** beziehen. Eine solche **Beobachtungsdauer** dürfte angesichts der fundamentalen Neuerungen für verlässliche Aussagen **noch zu kurz** sein. So wäre etwa eine **Statistik** über neuerliche Anzeigen und Verurteilungen nach diversionellen Erledigungen von besonderem Interesse. Allgemein fehlt es hier an einer **aktuellen statistischen Aufarbeitung**.*

*Vor diesem Hintergrund einer (zufolge verhältnismäßig kurzer Anwendungspraxis) deutlich relativierten Befundung mögen die auf Einzelprobleme der Diversion eingehenden Erwägungen, Bewertungen und Anregungen verstanden werden.*

*2.4. Die Kommission war sich daher weitgehend darin einig, dass Bestrebungen nach einer **grundlegenden Umgestaltung** der geltenden **Diversionsregelung** derzeit **nicht** weiterverfolgt werden sollten. Bei dieser Überlegung fällt auch ins Gewicht, dass die Diversionsregelung (wie schon erwähnt) erst seit **vier Jahren in Kraft** steht*

*und für eine aussagekräftige Bewertung ein längerer Beobachtungszeitraum erforderlich wäre.*

*Damit eine solche Bewertung in einigen Jahren erfolgen kann, regt die Kommission mit Nachdruck die Anfertigung **aussagekräftiger Statistiken** zur Diversion an. Die Bewertung dieses Rechtsinstituts sollte auch durch begleitende **wissenschaftliche Forschungsprojekte** gefördert werden.*

*2.5.1. Die Kommission ist der Ansicht, dass man sich derzeit auf **Änderungsvorschläge zu Einzelbereichen** beschränken sollte, die sowohl die gesetzlichen Voraussetzungen als auch die praktische Anwendung der Diversion betreffen.*

Im Zusammenhang mit der Forderung nach begleitenden wissenschaftlichen Forschungsprojekten kann ich auf die von meinem Ressort unterstützte Reichweitenstudie von Univ. Prof. Dr. Christian Grafl und Ass. Prof. Mag. Dr. Judith Stummer-Kolonovits über die Vermittlung gemeinnütziger Leistungen hinweisen.

Den von der Expertenkommission vorgeschlagenen punktuellen Änderungsmöglichkeiten stehe ich grundsätzlich mit Sympathie gegenüber, schließe mich jedoch dem Bericht der Expertenkommission an, dass für eine Bewertung der Bestimmungen über die Diversion ein etwas längerer Beobachtungszeitraum abgewartet werden sollte, um auf Grund der Erfahrungen bei der Anwendung dieser Bestimmungen verlässliche und aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten. Ich denke, dass sich allenfalls im Rahmen der erforderlichen Anpassungen des Haupt- und Rechtsmittelverfahrens der StPO an das Strafprozessreformgesetz, BGBl. I Nr. 19/2004, Gelegenheit bieten wird, einzelne dieser Fragen einer Begutachtung zu unterziehen.

Zu 15:

Die jährliche Diversionsstatistik für das Jahr 2004 liegt bereits in einer aktuellen Fassung nach bestimmten strafbestimmenden Delikten bzw. Gesetzen vor. Eine Auswertung ist der Beantwortung als Beilage angeschlossen.

Zu 16:

Der Terminus „Wirtschaftsstrafrecht“ ist im österreichischen Strafrecht nicht definiert, und kann somit in der Verfahrensautomation nicht gesondert erfasst werden, weshalb eine Beantwortung dieser Frage nicht möglich ist. Im Übrigen wird auf die obige Auswertung als Beilage verwiesen.

Zu 17 und 18:

Wie schon zu Frage 8. ausgeführt, sind die Justizbehörden vermehrt bereit, sozial-konstruktive Maßnahmen einzusetzen und gemeinnützige Leistungen im Sinne des § 90d Abs. 1 StPO anzubieten. Im Sinne des Einführungserlasses (zweiter Teil) zur Strafprozessnovelle 1999 („Diversion“), JMZ 578.015/35-II.3/1999, JABl. Nr. 1/2000, führen die staatsanwaltschaftlichen Behörden auf lokaler Ebene regelmäßig Besprechungen zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaften und dem Verein NEUSTART durch.

22 . August 2005



(Mag<sup>a</sup>. Karin Gastinger)



**Diversionsstatistik 01 - 12 / 2004**  
**Gattung \*\*\* - Gesamtübersicht**

Diver- sion	Erle- digung	mit doe	mit sie	mit gev	mit vou	§ 207 StGB	MiStG	LMG 1975	SMG	Deliktskennung						
										FAM	KMH	LD	MJB	MS	VKA	VKO
dca	27.847	5.039	1.053	2.079	5	1	44	478	74	166	1	3.569	0	0	125	12.362
dce	25.145					2	25	451	77	185	1	3.293	1	1	114	10.917
dda	2.167	480	31	78	5	1	1	0	64	1	0	448	0	1	7	51
dde	1.752					0	2	2	59	3	0	242	0	0	6	39
ddv	1.998					0	1	0	50	4	0	266	0	1	7	38
dfa	2.054	591	167	169	4	5	0	8	18	20	1	55	0	0	0	189
dfe	2.200					2	9	22	34	16	0	103	0	0	3	323
dfv	2.792					6	4	13	61	43	1	96	0	0	0	295
dga	9.854	2.626	286	399	5	2	2	0	10	855	3	7	0	2	1	30
dge	7.359					0	1	1	9	684	3	14	0	2	0	45
dgv	7.454					1	1	0	7	679	3	12	0	2	0	35
doe	10.042					2	19	142	56	280	0	908	0	0	23	2.279
dpe	11.498					0	68	294	211	107	1	1.051	0	0	16	4.123
dpv	16.317	592	581	1.365	9	2	79	359	326	173	3	1.993	3	1	13	5.489
ds1	19.148					6	81	676	436	386	1	5.100	3	1	24	541
ds2	22.202					0	5	16	33	33	1	258	0	0	115	17.104
ds3	10.664					3	1	24	18	616	4	220	0	2	5	207
ds4	13.405					2	49	237	191	324	2	894	0	1	31	1.597

**Diversionsstatistik 01 - 12 / 2004**  
**Gattung \*\*\* - Jugendliche**

Diver- sion	Erle- digung	mit doe	mit sie	mit gev	mit vou	§ 207 StGB	MIIStG	LMG 1975	SMG	Deliktskennung						
										FAM	KMH	LD	MJB	MS	VKA	VKO
dca	582	58	12	24	0	0	0	0	4	0	0	29	0	0	1	124
dce	559					1	0	1	7	0	0	30	0	0	1	108
dda	937	126	9	22	3	1	0	0	12	0	0	58	0	1	2	3
dde	900					0	0	0	15	0	0	54	0	0	1	3
ddv	1.003					0	0	0	9	0	0	50	0	1	1	5
dfa	310	64	13	19	2	5	0	0	5	3	0	8	0	0	0	22
dfe	485					2	0	0	13	2	0	33	0	0	1	28
dfv	510					5	0	0	26	2	0	22	0	0	0	17
dga	1.642	251	37	61	1	2	0	0	1	8	0	3	0	0	0	1
dge	1.277					0	0	0	1	6	0	3	0	0	0	2
dgv	1.343					1	0	0	1	6	0	1	0	0	0	1
doe	623					1	0	0	7	1	0	42	0	0	1	18
dpe	961					0	4	2	47	4	0	93	0	0	1	127
dpv	1.304	58	44	95	3	1	6	0	38	3	0	145	0	0	1	175
ds1	1.874					4	2	0	59	5	0	220	0	0	0	12
ds2	522					0	0	0	5	1	0	7	0	0	3	319
ds3	1.829					2	0	0	5	1	0	16	0	0	0	10
ds4	1.456					2	4	1	43	5	0	44	0	1	3	29

**Diversionsstatistik 01 - 12 / 2004**  
**Gattung \*\*\* - Junge Erwachsene**

Diver- sion	Erle- digung	mit doe	mit sie	mit gev	mit vou	§ 207 StGB	MiStG	LMG 1975	SMG	Deliktskennung						
										FAM	KMH	LD	MJB	MS	VKA	VKO
dca	2.648	425	86	193	1	0	19	2	15	0	0	166	0	0	14	1.228
dce	2.384					0	12	2	22	0	0	144	0	0	7	1.134
dda	439	105	5	20	0	0	1	0	38	0	0	73	0	0	5	24
dde	305					0	2	0	18	0	0	39	0	0	5	11
ddv	419					0	1	0	30	0	0	58	0	0	6	14
dfa	273	63	12	11	1	0	0	0	3	3	0	4	0	0	0	58
dfe	144					0	1	0	8	0	0	3	0	0	1	50
dfv	405					0	1	0	9	1	0	14	0	0	0	77
dga	1.294	288	54	65	1	0	1	0	3	20	0	0	0	1	0	6
dge	919					0	1	0	0	20	0	1	0	0	0	6
dgv	1.026					0	1	0	2	20	0	2	0	0	0	5
doe	1.036					0	7	2	23	10	0	95	0	0	4	184
dpe	708					0	14	1	12	2	0	68	0	0	2	285
dpv	1.839	59	66	118	1	0	25	6	88	7	0	210	1	0	1	607
ds1	1.899					0	33	7	98	9	0	384	1	0	4	350
ds2	2.248					0	1	1	5	3	0	10	0	0	16	1.819
ds3	1.436					0	1	0	8	14	0	14	0	1	0	30
ds4	1.471					0	19	1	50	6	0	69	0	0	3	113

Diversionsstatistik 01 - 12 / 2004																
Gattung *** - Erwachsene																
Diver- sion	Erle- digung	mit doe	mit sie	mit gev	mit vou	§ 207 StGB	MiistG	LMG 1975	SMG	Deliktskennung						
										FAM	KMH	LD	MJB	MS	VKA	VKO
dca	24.617	4.556	955	1.862	4	1	25	476	55	166	1	3.374	0	0	110	11.010
dce	22.202					1	13	448	48	185	1	3.119	1	1	106	9.675
dda	791	249	17	36	2	0	0	0	14	1	0	317	0	0	0	24
dde	547					0	0	2	26	3	0	149	0	0	0	25
ddv	576					0	0	0	11	4	0	158	0	0	0	19
dfa	1.471	464	142	139	1	0	0	8	10	14	1	43	0	0	0	109
dfe	1.571					0	8	22	13	14	0	67	0	0	1	245
dfv	1.877					1	3	13	26	40	1	60	0	0	0	201
dga	6.918	2.087	195	273	3	0	1	0	6	827	3	4	0	1	1	23
dge	5.163					0	0	1	8	658	3	10	0	1	0	37
dgv	5.085					0	0	0	4	653	3	9	0	1	0	29
doe	8.383					1	12	140	26	269	0	771	0	0	18	2.077
dpe	9.829					0	50	291	152	101	1	890	0	0	13	3.711
dpv	13.174	475	471	1.152	5	1	48	353	200	163	3	1.638	2	1	11	4.707
ds1	15.375					2	46	669	279	372	1	4.496	2	1	20	494
ds2	19.432					0	4	15	23	29	1	241	0	0	96	14.966
ds3	7.399					1	0	24	5	601	4	190	0	1	5	167
ds4	10.478					0	26	235	98	313	2	781	0	0	25	1.455